



## NEIN ZUR HALLE! ST. MARX FÜR ALLE!

Die unterzeichnenden Bezirksrätiinnen und Bezirksräte von LINKS-KPÖ und den GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 05.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Wien Landstraße spricht sich gegen die Errichtung der WienHolding Arena in St. Marx und für einen demokratischen, transparenten Beteiligungsprozess unter Einbeziehung der Bezirkspolitik und der Anwohner:innen hinsichtlich der Gestaltung der Freifläche aus.

### Begründung

Der geplante Bau der Wien Holding Arena in St. Marx hat sich aus diversen Gründen jahrelang verzögert. Erneut haben wir – die Menschen und die Bezirkvertretung Landstraße – über die neuesten Entwicklungen aus Medienberichten erfahren müssen.

Die Bezirksvertretung Landstraße war in die Planungen zu keinem Zeitpunkt eingebunden, die Anwohner:innen und die Bezirkspolitik erfahren Neuigkeiten zum größten öffentlichen Bauprojekt auf dem Gebiet des Bezirks aus den Medien.

Zu keinem Zeitpunkt war seitens der Wiener Stadtregierung ein Anspruch auf Transparenz erkennbar. Mehrfach gestellte Anfragen in der Bezirksvertretungssitzung sind unbeantwortet geblieben.

Ein am 23. Februar 2021 gefasster Beschluss der Bezirksvertretung Landstraße, wonach *„hinsichtlich der baulichen Neuerungen in NeuMarx (Wien Holding-Arena) im Sinne der Transparenz eine öffentliche Informationsveranstaltung für alle interessierten Landstraße:innen und Wiener:innen zu organisieren“* sei, wartet nach mehr als 3 Jahren auf seine Umsetzung.

Willkommen in der Demokratiehauptstadt 2025!

Die Wien Holding und der zuständige Stadtrat Peter Hanke haben international nach einem „strategischen Partner“ gesucht, der die neue Halle „unter bestmöglicher Umsetzung der Interessen der Stadt errichten und betreiben“ könne. Eine EU-weite Ausschreibung für Finanzierung, Bau und Betrieb startete im Jänner 2022. Die Suche nach einer privaten Betreiberfirma gestaltet sich gerade angesichts der explodierenden Kostenprognosen schwierig. Der Rechnungshof war bereits vor 2 Jahren alarmiert. Die Vergabe-Farce um die Ausschreibung, den Einspruch, die Aufhebung der Zuschlagsentscheidung für den US-Konzern Oak Group aus formalrechtlichen Gründen und das lange Warten auf eine Neuauusschreibung findet im Zuschlag für die zunächst unterlegenen Bieter CTS Eventim ihren Höhepunkt.

Nun sind aktualisierte Zahlen veröffentlicht worden, ob wir ihnen trauen können, wissen wir nicht. Wie man der Wiener Bevölkerung erklärt, dass die Stadt Wien bis zu 153 Mio. Steuergeld an einen privaten Konzern bezahlt, ist bizarr: Wien müsse sich in der neoliberalen Standortkonkurrenz europäischer Städte wie München, Hamburg und Bratislava durchsetzen, um die Top-Stars in unsere Stadt zu holen. Dass dies erhöhten Flugverkehr (und damit eine erhöhte Belastung für das Klima), eine Steigerung der Anzahl an Tourist:innen (und damit noch mehr Nachfrage nach AirBnB-Wohnungen) zur Folge haben wird, wird bestenfalls verschwiegen. Dass Events mit Superstars – und dies ist laut manchen Volkswirt:innen in Städten wie Stockholm bereits messbar – die Inflationsrate steigen lassen, wird den Wiener:innen wohl weniger gefallen. Deshalb sagt man es ihnen auch lieber nicht.



Für welchen Teil der Wiener Bevölkerung man dieses Privatisierungsprojekt durchführt, welches Konzept von Kultur (nicht nur angesichts der erwartbaren Höhe der Ticketpreise) man hier fördern möchte, wie genau die Verkehrssituation geregelt werden soll, all diese Fragen wären der Wiener Stadtregierung zu stellen. Doch der Dialog wird verweigert, man kommuniziert lieber über Pressekonferenzen mit dem neuen "strategischen Partner" CTS Eventim.

Eine der letzten Freiflächen in einem Innenstadtbezirk wird verschwinden und mit ihr vielfältige Möglichkeiten der nachhaltigen Nutzung, die es in Ansätzen bereits gibt. Denn St. Marx ist längst mehr als eine Brachfläche, das zeigen die vielen Aktivitäten der Zwischennutzungsprojekte und Anwohner:innen auf. Man müsste nur hinschauen und mit den Menschen dort reden. Die wären auch gerne ein "strategischer Partner" der Stadt Wien.

Vielleicht ändert sich ja etwas im Jahr 2025 – da darf sich Wien nämlich Demokratiehauptstadt nennen.

BR Mag. Daniel Harrasser